

Internationale Solidarität und Antirassismus bedeuten: Widerstand hier und jetzt.

Den Menschen in Kurdistan und in Palästina werden grundlegende Menschenrechte vorenthalten. Sie werden diskriminiert, verdrängt und kriminalisiert. Wenn es dem türkischen oder dem israelischen Staat beliebt, werden sie ermordet. Das bloße selbst bestimmte Überleben wird als staatsfeindlicher Akt interpretiert.

Die türkische Armee führt einen Vernichtungsfeldzug gegen den kurdischen Widerstand. Der türkische Staat bedroht die Menschen, die auf ihren Rechten bestehen, mit Haft. Der kemalistische Staat versucht, seine Ideologie eines einheitlichen Staatsvolkes gegen jede nicht mit dieser Ideologie übereinstimmenden Kultur durchzusetzen.

Der israelische Staat basiert seit seiner Gründung auf der kontinuierlichen Vertreibung der PalästinenserInnen aus ihren Lebens- und Wohngebieten. Begründet wird diese Landnahme mit einer ursprünglichen „jüdischen“ Besiedlung. Diese völkische und rassistische Politik führt zu einer Ghettoisierung der PalästinenserInnen in kaum mehr lebensfähigen Parzellen.

Die Türkei und Israel sind enge Verbündete Deutschlands. Beide Staaten werden ökonomisch, politisch und mit militärischer Ausrüstung unterstützt. Der Widerstand in Deutschland gegen die rassistische Politik der Türkei und Israels wird in Deutschland publizistisch diskriminiert.

Das juristische Instrument des § 129b, juristische Verbote, wie das Verbot der PKK, dienen der Verfolgung, der Inhaftierung und der Ausweisung von Menschen, die sich gegen diesen Rassismus in ihren Heimatländern wehren. Auf der anderen Seite können türkische Faschisten, wie die „Grauen Wölfe“, ihre Hetze relativ ungehindert propagieren.

In Deutschland wird das Andenken an die vom deutschen Faschismus ermordeten Jüdinnen und Juden benutzt, um den Widerstand gegen den Rassismus in Israel als antisemitisch zu denunzieren: Antirassismus wird als Antisemitismus ausgegeben. Gegen diese perfide Instrumentalisierung der Ermordeten wehren sich in Israel, in Deutschland und weltweit immer mehr Jüdinnen und Juden.

Der Widerstand gegen diese rassistische Politik in der Türkei und in Israel kann sich in Deutschland nicht auf bloße Appelle beschränken. Die unterdrückten KurdInnen und PalästinenserInnen sind auch auf die aktive Solidarität in Deutschland angewiesen.

Das bedeutet:

- Störung der Rüstungsverwaltungen und Offenlegung der Rüstungsexporte.
- Aktive Unterstützung der KurdInnen und PalästinenserInnen, die vom deutschen Staatsapparat bedroht und verfolgt werden.
- Präsenz an den Orten, von denen aus die rassistische türkische und israelische Politik propagiert werden.
- Antirassistische Politik ist ohne internationale Solidarität nicht zu haben.

